

Schlechte Noten für Iberer

Für die iberische Halbinsel wird es immer enger: Der Druck auf Spanien und Portugal, ihre Schulden- und Wirtschaftskrise mit neuen entschlossenen Reformen zu bekämpfen, nimmt zu. Die internationale Rating-Agentur Moody's drohte, dass sie Spaniens Kreditwürdigkeit herabstufen werde, wenn in den kommenden drei Monaten keine wesentlichen Verbesserungen spürbar seien. Der enorme Finanzierungsbedarf des Staates wie der Banken machen das hochverschuldete Land „verwundbar“, urteilten die Analysten.

Auch Portugals Banken müssen mit schlechteren Noten rechnen, da sie nach Einschätzung von Moody's zunehmend Probleme haben, frisches Geld auf dem Finanzmarkt zu bekommen. Beide Länder kämpfen seit Monaten mit Reformen gegen die horrenden Haushaltsschulden und Schwächen der nationalen Geldinstitute, was die Wirtschaftsprüfer aber bisher offenbar nicht überzeugte. Der Denkkzettel von Moody's, einer der drei großen internationalen Bewertungsagenturen, ist ein weiterer Rückschlag für die iberischen Länder, ihren Ruf aufzupolieren.

Portugal gilt nach Griechenland und Irland als der nächste Euro-Kandidat, der demnächst Hilfe vom internationalen Rettungsfonds erbitten könnte. Mehr Sorgen macht jedoch mittelfristig, alleine wegen seiner Größe als viertgrößte Wirtschaftsmacht der Euro-Zone, der Nachbar Spanien. Wegen wachsender Zweifel an der finanziellen Gesundheit wird die Kreditbeschaffung für den spanischen Staat immer teurer: Zuletzt musste Spanien Rekordzinsen von annähernd 5,5 Prozent zahlen, um zehnjährige Anleihen am Markt unterzubringen. Portugals langjährige Schuldtitle werden derzeit etwa mit 6,3 Prozent gehandelt.

Spaniens sozialistische Finanzministerin Elena Salgado wies Zweifel an der ökonomischen Stabilität des Landes zurück: Die „Solvenz der spanischen Wirtschaft“ und des Staates stehe außer Frage. (Ralph Schulze, Madrid)

Risse in Europa und im Bundestag

Die Euro-Krise soll möglichst wenig kosten: Die Opposition kritisiert Merks Minimalkurs

Merkel hält eine Rede zu Europa, die zwischen großem Pathos und kleinteiliger Reparatur hin- und herschwankt. Der Opposition reicht das nicht. SPD und Grüne profilieren sich als Hüter der europäischen Idee.

VON UNSERER KORRESPONDENTIN ALEXANDRA JACOBSON

Berlin. Die Zeiten, als Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) auf den roten Teppichen glänzte und im Ausland stärker gefeiert wurde als zu Hause, gehören zumindest in Europa der Vergangenheit an. Deutschlands striktes Pochen auf Stabilität und Sparen ruft Widerspruch hervor. Das bringt der Kanzlerin neuerdings sogar den Vorwurf von „uneuropäischem Verhalten“ und „simplem Denken“ ein. Pikant ist daran, dass diese Kritik nicht von der Opposition stammt, sondern von einem angesehenen Mitglied der christdemokratischen Familie auf EU-Ebene: von Luxemburgs Premier Jean-Claude Juncker.

Für die Opposition in Deutschland sind Merks umstrittene Rolle in Brüssel und die Risse im konservativen Lager ein gefundenes Fressen. So zeigt der grüne Fraktionschef Jürgen Trittin Verständnis dafür, dass die Kanzlerin auf der EU-Ebene von manchen als „teutonisches Sparmonster“ empfunden werde.

Merkel geizt in ihrer Regierungserklärung nicht mit Bekenntnissen zu Europa. „Niemand in Europa wird allein gelassen, niemand wird fallengelassen“, sagt sie und beschwört mit flammenden Worten die „grandiose Friedens- und Freiheitsidee der europäischen Einigung“. Doch bei den konkreten Maßnahmen wirkt Merkel gar nicht grandios. Da setzt sie eher auf ein Minimalprogramm.

Deutschland geht es bei dem dauerhaften Krisenmechanismus, der heute in Brüssel beraten wird, vor allem um eins: Er soll den deutschen Steuerzahler möglichst wenig kosten. Deshalb soll der Hilfsmechanismus auch nur ausgelöst werden, wenn die Euro-Stabilität insgesamt gefährdet ist. Über die Inan-



Fordert europäische Glaubwürdigkeit: Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) wird von Oppositionsführer Frank-Walter Steinmeier (SPD, kleines Bild) und von den europäischen Partnern kritisiert. FOTOS: DAPD/DPA

sprachnahme der Rettung sollen die Länder der Eurozone einstimmig beschließen. Der Internationale Währungsfonds werde dabei eng eingebunden und fallweise auch die privaten Gläubiger. Eine „Vergemeinschaftung des Risikos“ lehnt Merkel strikt ab. Von Jean-Claude Junckers Vorschlag für Gemeinschaftsanleihen, die sogenannten Euro-Bonds, will sie nichts wissen. FDP-Fraktionschefin Birgit Homburger untermauert die „Wir geben nix“-Hal-

tung mit den klaren Worten: „Die Schulden der anderen Länder sollen die Schulden der anderen Länder bleiben.“

Merkel sei mit ihrer Regierungserklärung der Dramatik in Europa nicht gerecht geworden, kritisiert Jürgen Trittin. Überhaupt schlüpft die Opposition während der Debatte in die Rolle der wahren Europäer. Deshalb ist es auch nicht verwunderlich, dass sich Trittin in seiner Rede sowohl auf Helmut Kohl als auch auf die Ex-Außenminis-

ter Genscher und Kinkel beruft. Auch SPD-Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier wirft Merkel Durchwursteln und Wegdücken vor. Wie ernst die Lage sei, zeige die geplante Kapitalaufstockung der Europäischen Zentralbank. In der tiefsten Krise Europas werde die Kanzlerin von Ratlosigkeit und Angst geleitet. Dabei warteten die „zweifelnden Märkte“ auf ein kräftiges Signal europäischer Solidarität. Dazu gehören nach Ansicht des SPD-Politikers die

Aufstockung des europäischen Rettungsschirms und eine stärkere Zusammenarbeit der EU-Staaten auf wirtschaftspolitischem Gebiet. In diesem Zusammenhang wäre auch ein Nachdenken über die Einführung limitierter Euro-Bonds sinnvoll, schlägt Steinmeier vor. Ehrlichkeit und Mut seien nun gefordert, so Frank-Walter Steinmeier. Auch um endlich die Zweifel an Deutschlands europapolitischer Glaubwürdigkeit zu zerstreuen.



Ugandas Kinder brauchen starke Eltern!

SPENDENKONTO
Sparkasse Bielefeld
Konto-Nr. 441 336 68
BLZ 480 50 161
Empfänger: Opportunity
Stichwort: NW-Uganda

INFOS
zu unserer Weihnachtsaktion
www.oid.org
Kontakt:
uganda@neue-westfaelische.de
0521 555 271

Eine Aktion der Neuen Westfälischen für das Kreditprogramm von Opportunity International in der Region Mubende in Uganda

KONTOSTAND
24.340 €



Stefan Empter

»Den Ärmsten der Armen Zugang zu Kleinkrediten zu verschaffen, kann ganzen Familien, oft einem ganzen Dorf, die Chance eröffnen, sich durch eigene Arbeit selbst aus der Armut zu befreien. Sozial orientierte Mikrokredite stellen einen zutiefst marktwirtschaftlichen und wirkungsvollen Weg zur Hilfe zur Selbsthilfe dar.«

(Leiter des Themenfeldes Wirtschaft und Soziales bei der Bertelsmann-Stiftung)

Risiko auf mehreren Schultern

Fragen und Antworten zum Kampf gegen die Euro-Krise

Euro-Krise, steigende Schulden, Gefahr des Staatsbankrotts – ab heute treffen sich die Regierungen der EU, um die gemeinsame Währung zu stabilisieren. Unsere Zeitung beantwortet die wichtigsten Fragen.

Wieso ist der Euro noch immer in Turbulenzen?

Nachdem sich Irland unter den 750-Milliarden-Euro-Rettungsschirm geflüchtet hat, attackieren die internationalen Investoren weitere Euro-Staaten, darunter Portugal, Spanien und Belgien. Die Zinsen, die diese Staaten für ihre Staatsanleihen zahlen müssen, sind gestiegen, und es besteht die Gefahr, dass die Kosten der Staatsverschuldung ihre Finanzkraft bald übersteigen. Mehrere Staaten könnten aus der Euro-Zone herausbrechen.

Wie versucht die Politik die Krise einzudämmen?

Ökonomisch starke Länder wie Deutschland, Frankreich oder die Niederlande übernehmen Garantien für schwächere Staaten wie Griechenland und Irland. Indem Deutschland einen Teil des Rettungsschirms garantiert, sagt die Bundesregierung den internationalen Investoren: Im äußersten Notfall bezahlen wir die Verbindlichkeiten der verschuldeten Nachbarn. Damit sinken die Zinsen der schwächeren Staaten. Bei allen Notmaßnahmen geht es immer darum, das Risiko auf mehrere starke Schultern zu verteilen.

Warum soll Deutschland anderen helfen?

45 Prozent der deutschen Ausfuhr gehen in den Euro-Raum. Bricht dieser auseinander, würde der deutsche Export massiv leiden. Die Kosten dieser Krise wären höher als die Kosten der Euro-Rettung.

Muss Deutschland bald Milliarden zahlen?

Augenblicklich sind die realen Kosten, die die Euro-Krise verursacht, gering. Weil Deutschland allerdings immer mehr Risiken für schwache Staaten übernimmt, steigen auch die Zinsen deutscher Staatsanleihen. Beschleunigt sich dieser Effekt, kann das pro Jahr schnell Milliarden

Permanenter Schutz vonnöten

den Euro kosten. Das ist der Hintergrund der Debatte über die sogenannten Euro-Anleihen, die Luxemburgs Ministerpräsident Jean-Claude Juncker angeregt hat. Bislang gibt es solche gemeinsamen Verschuldungspapiere aller Euro-Staaten im Prinzip nicht. Bundeskanzlerin Angela Merkel lehnt sie ab. Ihr Argument: Die Zinsen für Deutschland wären höher als heute, weil auch die schwachen Staaten an den Euro-Anleihen beteiligt wären. Merkel will nicht, dass Deutschland draufzahlt. Sie glaubt, die Wähler würden das nicht mittragen.

Streiten Merkel und Finanzminister Schäuble?

CDU-Finanzminister Wolfgang Schäuble vertritt einen anderen Akzent. Für ihn haben die Zusammenarbeit in Europa und die gegenseitige Hilfe der Staaten untereinander einen höheren Stellenwert. Die Einführung neuer Euro-Anleihen lehnt Schäuble deshalb nicht grundsätzlich ab. Allerdings legt er die Hürde sehr hoch.

Warum sollte Deutschland Macht abgeben?

Bislang hat die Euro-Zone eine gemeinsame Währung, aber eine schwache gemeinsame Politik. Die Grenze der maximalen jährlichen Staatsverschuldung von drei Prozent im Verhältnis zur Wirtschaftsleistung existiert zwar, wird aber kaum eingehalten. Die steigende Verschuldung einzelner Staaten begünstigt die Angriffe der Investoren auf den Euro. Grundsätzlich sind sich die Regierungen deshalb einig: Man muss den Maas-tricht-Vertrag verschärfen und gemeinsam an der Sanierung der Staatsfinanzen der Euro-Gruppe arbeiten. Ein entsprechender Plan von EU-Ratspräsident Herman Van Rompuy soll bald umgesetzt werden.

Droht der Staatsbankrott eines Euro-Landes?

Nein, zur Zeit verhindert ihn der vorläufige 750-Milliarden-Rettungsschirm. Der aber läuft in zwei Jahren aus. Ab dann soll es einen permanenten Rettungsschirm geben. Zahlungsunfähige Staaten könnten damit einen Teil ihrer Schulden annullieren. Hannes Koch, Berlin

– Anzeige –

Militär-Musikschau kommt

10 Jahre „Musikparade“ – Europas größte Tournee in der Seidenstickerhalle Bielefeld

Bielefeld. Am Freitag den 28. Januar 2011 um 19.30 Uhr ist es soweit: Mehr als 400 Musiker aus sieben Nationen präsentieren ihr riesiges Repertoire der beliebtesten Märsche und Evergreens mit einer Prise Klassik, Folklore und moderner Unterhaltungsmusik in der gut dreistündigen Show.

Orchester bekannt aus Funk und Fernsehen

Die „Musikparade“ bietet die Stars der internationalen Militär- und Blasmusik, die den Musikliebhabern aus diversen Fernsehauftritten bekannt sind.

Im Mittelpunkt steht natürlich die Militär- bzw. Marschmusik, doch bieten die sieben Orchester ein großes Repertoire bis hin zur „zivilen“ Blasmusik mit Jazz, Swing und aktuellen Hits. Abgerundet wird das Programm durch wechselnde Einlagen – von Chören über Folklore-Einlagen bis zu exotischer Volksmusik.

Zur bevorstehenden 10-Jahre-Jubiläumstournee wird die „Musikparade 2011“ eine ganz besondere Show, verspricht Moderator Björn Gehrmann: „Mit völlig neuer Kulisse und einem völlig neu zusammengestellten Programm bieten wir eine faszinierende Rei-



Neues Programm 2011: Mehr als 400 Musiker aus 7 Nationen

se durch die Welt echter, perfekter und „handgemachter“ Blasmusik“.

Höhepunkt ist das Finale, bei dem sich alle Teilnehmer zum großen „Orchester der Nationen“ formieren und Märsche wie z.B. den „Radetzky-Marsch“ oder „Alte Kameraden“ präsentieren.

Doch nicht nur musikalisch, auch optisch ist diese „Musikparade“ ein Hochgenuss: Mit ihren prächtigen, bunten Uniformen und teils überraschenden Choreographien gibt es viel zu sehen.

Besonderer Tipp für ein persönliches Geschenk: Exklusiv unter der Telefon-Hotline 01805-602260* oder unter 0441-20509190 können die Karten auch mit aufpreisfreiem Geschenkschlag bestellt werden.

Geschenkschlag gratis

Sichern Sie sich die besten Plätze noch heute und freuen Sie sich auf die „Musikparade 2011“ in der Seidenstickerhalle Bielefeld.

Kartenvorverkauf

Karten ohne VVK-Gebühr für 29,-/ 37,-/45,- Euro unter 0441-20509190, 01805-602260* und www.bundesmusikparade.de Karten zzgl. VVK-Gebühr sind bei allen Geschäftsstellen der Neuen Westfälischen, bei Bielefeld Marketing, der Touristinformation 0521-516999 sowie allen bekannten Vorverkaufsstellen erhältlich.

* (14 ct/min aus dem deutschen Festnetz. Mobilfunkhöchstpreis: 42 ct/min.)